

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

130 (7.6.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepaarte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen 60 Pfennig. Die Wiederholung Rabatt nach Zahl, bei der Wiederholung des Textes 10%, bei der Wiederholung der Bilder 20%. Bei der Wiederholung des Textes 10%, bei der Wiederholung der Bilder 20%. Bei der Wiederholung des Textes 10%, bei der Wiederholung der Bilder 20%.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Kunststunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,62 Mark, vierteljährlich 3,84 Mark, halbjährlich 7,26 Mark, jährlich 13,92 Mark. Durch die Post 2,36 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. Einzelhefte 1 Pfennig. Die Redaktion: Karlsruhe i. B., Markstraße 28. Fernruf 1000/1021. Postfach 1111. Druck: Hauptstr. 9. D. Baden, Jagdbausstr. 12. Kallert, Karlsruhe, 2. Odenburg, Republikstr. 4.

Nummer 130

Karlsruhe, Dienstag, den 7. Juni 1932

52. Jahrgang

Brüning gegen Papen

Reichsregierung gegen Reichsregierung

Der Reichskanzler und die übrigen Mitglieder der Reichsregierung veröffentlichten folgende Erklärung:

Die neue Reichsregierung hat in ihrer Amtserklärung schwere Vorwürfe gegen die bisherige Regierung erhoben.

Der tatsächlichen Auseinandersetzung vor der Volksvertretung hat sie sich entzogen.

Das deutsche Volk wird es darum verstehen, wenn wir auf diesem Wege dem Versuch, die Wahrheit zu verdunkeln und die Verantwortlichkeit zu verschleiern, entgegenzutreten.

Wohin gehen die Vorwürfe? Die Finanzen seien erschüttert, die sozialen Versicherungen bankrott, die Reformen über schwache Anlässe nicht hinausgeführt und das staatliche Leben nicht an die Kräfte der Nation angepaßt.

Was ist Wahrheit? Bei seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Dr. Brüning eine gewaltige schwebende Schuld vor. Dazu kam eine Weltwirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat verstärkte, die Währungen zerstörte und die für das durch Kriegsverlust und Kriegsfolgen ohnehin geschwächte Deutschland besonders schwere Wirkungen haben mußte. In einer Zeit, in welcher der Außenhandelsumsatz der Welt von 31 Milliarden Dollar auf rund 15 Milliarden Dollar herabsank und als automatische Folge eine ungeheure Arbeitslosigkeit in der gesamten Kulturwelt herrschte, war es — wie immer auch die Zusammenfassung einer Regierung sein möchte — unmöglich, die deutsche Volkswirtschaft von dieser rücksichtslosen Bewegung abzuwehren.

Andere Staaten haben in den letzten Jahren entweder von Reparationen gelassen, die Deutschland schuldig, oder neue Schulden großen Stils gemacht, was für Deutschland fastlich falsch und praktisch ausgeschlossen war. In derselben Zeit mußte die Sanierung von Wärrungen und Anstaltsvermögen, Schiffahrtsgesellschaften und sozialen Genossenschaften in Handwert und Landwirtschaft unter Aufwendung von hunderten von Millionen Mark durchgeführt werden. In dieser Zeit haben wir in den Jahren 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als zehn Milliarden Mark gedrosselt. Das sind nicht schwache Anlässe, wie es die Erklärung der neuen Reichsregierung behauptet. Die tatsächliche Anpassung an die Kräfte der Nation ist weitestgehend erfolgt und in dem Ausmaß jedes einzelnen Maßes geschehen. Die Regierung hat der Gesamtheit des Volkes Opfer zugewendet, um in den außenpolitischen Verhandlungen freie

Hand zu bekommen im Kampfe gegen die Reparationslasten und zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Das ist nach dem Urteil aller Sachverständigen in großem Ausmaß erreicht worden. Dabei wurde die Währung trotz aller Stürme sicher behauptet, dabei hat sich die schwebende und langfristige Schuld des Reiches nicht vermehrt.

Das Kabinett Brüning ist aus dieser Arbeit herausgerissen worden, als es die Vorbereitungen für die Sicherung des Etats des Jahres 1932/33 für Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendet hatte. Gleichzeitig waren die finanziellen und technischen Maßnahmen getroffen, um bis zu 600 000 Menschen in Notstandsarbeiten und freiwilligen Arbeitsdienst Brot und Arbeit zu verschaffen und in einem umfassenden Siedlungsplan weiteren Volksteilen Hoffnung auf Lebensrückhalt auf eigener Scholle zu eröffnen. Durch das Scheitern dieses Planes ist der Ablauf des Sanierungswerks in einem entscheidenden Augenblick jäh unterbrochen.

Diese Tatsachen sprechen mit unerbittlicher Klarheit gegen die Behauptungen der neuen Regierung. Wir haben nicht nur eine Bilanz zu „fordern“, sondern sie zu allen Seiten und in jeder Lage tatsächlich gezogen und dem deutschen Volk in aller Deutlichkeit vorgelegt.

Wir haben kein Trümmersfeld geschaffen, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt.

Das Kabinett Brüning hat gegen die strömenden Strömungen im Lande alle Kräfte aufgebracht. Es hat dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung zur Bekämpfung der Gottlosenpropaganda zur Unterbreitung vorgelegt. Die letzte geistige Überwindung dessen, was an strömenden Kräften innerhalb des deutschen Volkes für einen wirksamen Kampf gegen die geistigen Gefahren des Nationalismus als durch überzeugten und überzeugenden christlichen Tatwillen der Einzelnen erfolgen. Mit politischen Mitteln allein ist keine christliche Volkstugend zu schaffen.

Wir haben im Sinne der von uns vertretenen christlichen Staatsauffassung es als vornehmste Aufgabe betrachtet, unvermeidliche Opfer in möglichst gleichmäßiger Weise zu verteilen. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu wachen, daß die von uns geleistete Arbeit vor Beschuldigung bewahrt und so weiter geführt wird, wie es die Wohlfaß des gesamten Volkes und nicht die Sonderinteressen von Parteien und kleinen Gruppen fordern.

Reich und Preußen

BRN, Berlin, 6. Juni. Wie wir erfahren, hat Reichskanzler von Papen heute abend eine Aktion eingeleitet, die den Verlust der Reichsregierung in Preußen so bald wie möglich zur Bildung einer parlamentarischen Regierung zu gelangen. Der Kanzler empfing zunächst Geheimrat Sauerberg, um ihm seine Ansicht über die Notwendigkeit einer schnellen Regierungsbildung in Preußen darzulegen. Es sind weitere Besprechungen mit den Nationalsozialisten und dem Zentrum geplant. Wahrscheinlich werden beide Parteien morgen abend nicht mehr zu erreichen. In diesem Zusammenhang stehen wohl auch die heute aufgetauchten Gerüchte über die Möglichkeit einer früheren Einberufung des Landtags im Zusammenhang. Da die Aktion zu einem Erfolg führt, steht natürlich noch offen.

Dazu wird uns aus Berlin geschrieben: Berlin, 6. Juni. (Eig. Draht.) Am Dienstag beginnen zwischen Reich und Preußen die bereits seit mehreren Tagen vorhergehenden Verhandlungen über finanzielle Probleme. Die Reichsregierung hat anscheinend die Absicht, diese Verhandlungen auf das politische Gebiet zu schieben, und Zugeständnisse davon abhängig zu machen, daß der Landtag schnellstens einen Ministerpräsidenten der schwarz-bräunlichen Koalition wählt. Man orakelt deshalb bereits davon, daß der Landtag nicht erst am 22. Juni — wie bisher vorgesehen — sondern schon zu Beginn der kommenden Woche zum Zwecke der Wahl eines Ministerpräsidenten zusammentreten wird.

Wir halten es durchaus für möglich, daß die Regierung der Reichs-Barone wie oben angedeutet, zu verfahren beabsichtigt. Die Regierung Braun ist den Herren ein Dorn im Auge. Sie betrachten sie als eine direkte Gefahr, weil sie den Herren jenseits der Mittelmitrache gewisse Schwierigkeiten bereiten könnte. Aber so einfach wie sich die Panenheimer um Schleicher die Dinge vorzuellen scheinen, liegen sie nicht! Am allerwenigsten scheint uns Herr Braun dazu berufen, von dem es heißt, daß er in der angebotenen Richtung „gewisse Verhandlungen“ zu führen beabsichtigt. Wir können uns nach der politischen Entwicklung der letzten Tage und der Empörung, die im Zentrum gegenüber Herrn v. Papen herrscht, jedenfalls vorstellen, daß keine maßgebenden Instanzen nicht einmal einer Einladung dieser Herren folgen würden.

Zuallererst scheint sich hinter dem Verlust der Reichs-Barone, das preussische Zentrum für eine schwarz-bräunliche Koalition gefügig zu machen, eine bestimmte Absicht zu verbergen, gegen die schon jetzt mit aller Schärfe Front gemacht werden muß. Indem man der Regierung Braun die erforderlichen finanziellen Zuschüsse mit der Bedingung verweigern möchte, daß das Reich nur einer Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit traue welche Hilfe annehmen läßt, diese Regierung aber auf absehbare Zeit nicht

zustande kommt, hofft man die Voraussetzungen für die Einsetzung eines Reichskommissars schaffen zu können; man sieht, mehr als für die eigenen finanziellen Sorgen interessieren sich die Papenheimer dafür, wie sie weiter Vorzellan verschlagen können.

Der Plan, in Preußen einen Reichskommissar einzusetzen, widerspricht der Verfassung, er wäre glatter Verfassungsbruch. Die ordnungsmäßige Verwaltung Preußens ist durch die geschäftsführende Regierung Braun in vollem Umfang gewährleistet. Solange dies der Fall ist, ist für die Einsetzung eines Reichskommissars eine verfassungsmäßige Grundlage nicht gegeben. Wir warnen deshalb die Herren jenseits der Wilhelmstraße eindringlich, einen Konflikt vom Saun zu drohen, der ihnen nicht gut bekommen könnte.

31. Juli Reichstagswahl

Der Reichspräsident hat am Montag durch Verordnung den Termin für die Neuwahl des Reichstags auf Sonntag, 31. Juli, festgelegt.

Wenn die Reichsregierung entgegen ihren anfänglichen Absichten, den spätesten zulässigen Termin für die Neuwahlen gewählt hat, so hat das keine bestimmten Gründe. Die Herren sind sich über diese, eine sichere Mehrheit ohne Zentrum zu schaffen, so wenig sicher, daß sie neuerdings auch die Splittergruppen der Mitte, wie Landvolk, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei in ihre Rechnung einschließen. Ihnen soll durch Hinausschiebung der Wahl bis zum 31. Juli die Möglichkeit gegeben werden, sich nach einer zu erstrebenden Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen agitatorisch noch genügend auswirken zu können. Als Preis für dieses Zugeständnis haben sie sich für den Fall, daß sie im neuen Reichstagsmandate erlangen, von vornherein an die Regierung der Hitler-Barone verkaufen müssen!

Aber was wird, wenn die Rechnung der Nazi-Barone sich als falsch erweist und sie in der Minderheit bleiben? In diesem Falle — so erklärt die schmerindustrielle Berliner Deutsche Allgemeine Zeitung am Montag — wird überlegt werden müssen, ob eine neue Auflösung des Reichstags herbeigeführt wird. Ja, die gegenwärtigen Nachhaber spielen mit derartigen Gedanken. Nach der Reichsverfassung kann das Parlament nur einmal aus dem gleichen Grunde aufgelöst werden. Man hat deshalb, um gegen ein Mißtrauensvotum des neuen Reichstags von vornherein gewappnet zu sein, den verflochtenen Reichstag mit der Veranlassung auflösen lassen, daß er dem Volkswillen nicht mehr entspräche. Das haben sich die Nazi-Barone für den Fall, daß ihnen das Mißtrauen in dem neuen Parlament ausgedrückt wird, die Sinterüre für eine normale Auflösung offen gehalten. Daß der Reichspräsident dieses Spiel mitmachen wird?

Um das Reichsarbeitsministerium

Wie das dem Präsidenten Kälin vom Landesarbeitsamt Südbadens persönlich und politisch nahestehende Stuttgarter Zentrumsorgan mit Genugtuung mitteilt, hat Kälin das ihm angebotene Reichsarbeitsministerium „aus jahrelichen und politischen Erwägungen“ abgelehnt.

Wie wir dazu noch erfahren, erhielt Kälin die Aufforderung zur Rücksprache darüber am Freitag. Die am Samstag in Berlin stattgefundene Aussprache war sehr kurz. Ueber die umstrittenen sozialpolitischen Fragen, deren Lösung im Brennpunkt der Entscheidungen steht und die nach der Erklärung des neuen Reichskabinetts Papen von geradezu programmatischer Bedeutung sind, wurde überhaupt nicht verhandelt.

Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß das Angebot des Kabinetts Papen an Kälin, das Reichsarbeitsministerium zu übernehmen, nur erfolgte, um das persönliche Ansehen Kälins in Zentrums- und Gewerkschaftskreisen zur Verhinderung der eigenen sozialreaktionären Haltung zu mißbrauchen.

Der neue Arbeitsminister

Der Reichspräsident hat den bisherigen Präsidenten des Reichsarbeitsamtes Schäffer am Montag zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Schäffer war früher Direktor bei Krupp. Seine politische und sozialpolitische Einstellung dürfte damit zur Genüge charakterisiert sein.

Wahlresultat in Mecklenburg

Schwerin, 6. Juni. (Eig. Draht.) Das vorläufige amtliche Ergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin ist am Montag nachmittags bekannt gegeben worden. Die Nationalsozialisten haben darnach ein weiteres Mandat, also insgesamt 30 Mandate, erhalten, und damit die absolute Mehrheit erreicht. Im einzelnen weist das Ergebnis folgendes Bild auf:

Sozialdemokraten	108 358 (124 922), Mandate 18 (20)
Kommunisten	26 952 (27 644), Mandate 4 (3)
Nationalsozialisten	177 029 (77 033), Mandate 30 (4)
Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Staatspartei)	7 895 (8 096), Mandate 1 (2)
Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenb. Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christl.-Soz. Landvolk	4 823 (49 412), Mandate 1 (12)
Sozialistische Arbeiter	952 (—), Mandate — (—)

Die Mehrheit der Stimmen haben die Nationalsozialisten, ähnlich wie in Oldenburg, wo sie im Parlament die absolute Mehrheit besitzen, auch in Mecklenburg-Schwerin nicht erreicht.

Schwerin, 6. Juni. (Eig. Draht.) Der Landeswahlleiter gibt bekannt, daß den Kommunisten nach einer neuen Zählung mit 27 006 Stimmen noch ein fünftes Mandat zufällt. Damit haben die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit nicht erreicht. In dem neuen Landtag stehen den 30 Nationalsozialisten 30 Abgeordnete der übrigen Parteien gegenüber, darunter 18 Sozialdemokraten.

Staatspräsident Holz über die Lage

Stuttgart, 6. Juni. (Eig. Meldung.) Staatspräsident Holz kam auf einer oberbayerischen Tagung der Zentrumsjugend auch auf den Regierungswechsel im Reich zu sprechen. Dabei sagte er u. a.: „Wenn eine so zusammengesetzte Regierung (das Kabinett Papen) der Ausdruck der nationalen Volksgemeinschaft sein soll, dann sind wir alle samt und sonders verurteilt.“

Wenn die Nationalsozialisten diese „Regierung der Grobpartier“ dulden und nicht verlanen haben, selbst in dieser Regierung vertreten zu sein, so beweist das nur, wie Dr. Holz weiterhin sagte, daß sie zu feige sind, um im letzten Augenblick die Verantwortung zu übernehmen. Holz schloß mit der Feststellung, daß die Zeit kommen wird, wo man das Zentrum wieder rufen werde, weil man es brauche.

Gegen den Terror

Im preussischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, in dem das Staatsministerium aufgefordert wird, die richterlichen und staatsanwaltlichen Beamten vor Einschüchterungen und Bedrohungen zu schützen und die Unabhängigkeit der Rechtspflege auch in Zukunft für Preußen sicherzustellen. In dem Antrag heißt es u. a.:

„In der zweiten Sitzung des preussischen Landtages vom 25. Mai 1932 hat der Abgeordnete Dr. Fleischer Beschwerde geführt, daß Staatsanwälte in Loßblaus- und Landfriedensbruchprozessen gegen nationalsozialistische Angeklagte die dem Beweise ergebend entsprechenden Strafverfahren stellen. Daraufhin hat der Abgeordnete Kube, Vorsitzender der nationalsozialistischen Landtagsfraktion geäußert: „Die preussischen Staatsanwälte müßten zu 90 Prozent wegen Rechtsbruch in den Anklagezustand versetzt werden.“ Diese Worte entsprechen der seit längerer Zeit von der nationalsozialistischen Presse geübten Taktik, solche Richter und Staatsanwälte, die in Prozessen gegen Nationalsozialisten nicht die Parteinteressen der Nationalsozialisten, sondern den allgemeinen Rechtsstandpunkt vertreten, durch Schimpfworte und Drohungen einschüchtern. Hiefür ist in dem Buch „Justizdämmerung“ eine Reihe markanter Beispiele aufgeführt. Durch die fortgesetzte Bedrohung pflichtgemäß handelnder Justizbeamter soll offenbar erreicht werden, daß diese in Zukunft nicht mehr wagen, nach Pflicht und Gewissen ihre Funktionen als Richter bzw. Staatsanwälte zu erfüllen.“

Ein Aufruf des Gewerksvereins Christlicher Bergarbeiter

Der Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands hat einen Aufruf erlassen, in dem er u. a. von einer Beurlaubung in der Arbeiterschaft durch die neue politische Entwicklung spricht. Der neue Kurs, so heißt es, richtet sich hauptsächlich gegen die soziale und politische Gleichberechtigung der Arbeitnehmer. Der Aufruf lautet feststellen zu müssen, daß sich „der neue Kurs“ trotz nationaler Leistungen gegen Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaften richtet.

Abg. Goering verurteilt

München, 6. Juni. Der nationalsozialistische Führer, Hauptmann a. D. Goering, wurde heute wegen Vergehen gegen das Republikverfassungsgesetz an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von 30 Tagen zu einer Geldstrafe von 300 M verurteilt. Goering stand in einer Wahlversammlung am 8. August 1930 im Zirkus Krone mit Bezug auf die Reichsverfassung von der „Weimarer Druckschrift“ u. a. gesprochen. Diese Bezeichnung der Reichsverfassung stellt — nach der Begründung des Urteils — eine böswillige und mit Ueberlegung begangene Verächtlichmachung der Reichsverfassung dar.

Deutscher Präsident des Memeldirektoriums

Memel, 6. Juni. Gouverneur Golys hat heute normittag nach seiner Rückkehr aus Rom, wofür er am Samstag gefahren war, den Abgeordneten der Memelländischen Volkspartei, Dr. Schreiber, zum Präsidenten des Memelländischen Direktoriums ernannt. Dr. Schreiber wird, wie wir hören, noch im Laufe des heutigen Vormittags Sauerländer Maßnahmen, der bisher politisch nicht hervorgetreten ist, und den Abg. Sziaugab, der der Landwirtschaftspartei angehört und auch Mitglied des Direktoriums Sitticher war, ernennen.

Reparations- oder Wirtschaftskonferenz

London, 6. Juni. Auf eine Frage, ob eine Mittellung über Deutschlands Unfähigkeit, weitere Reparationszahlungen zu leisten, eingegangen sei, erklärte der Staatssekretär des Äußeren, Sir John Simon, im Unterhaus, die Haltung der deutschen Regierung zur Zahlung der Reparationen sei in mannigfachen öffentlichen Erklärungen, besonders in der Erklärung des früheren Reichsanzwälters vom 11. Mai, dargelegt worden. Auf die Frage, ob man nicht in Erwägung ziehen würde, die Erörterung der Reparationsfrage zu unterlassen, und dafür das aus den Preisen der Hauptbedarfsstoffe sich ergebende Wirtschaftsprüfungsforschungsproblem zu prüfen, entgegnete Simon, das Programm der Lausanner Konferenz sei im Einvernehmen mit allen anderen interessierten Regierungen beibehalten worden. Die erwähnten anderen Gesichtspunkte würden nicht aus diesem Rahmen herausfallen. Der Fragesteller erklärte, daß es deshalb keine Aussicht habe, in Lausanne über die Reparationsfrage zu sprechen.

Painlevés Vorschlag für Bereinigung der Reparationsfrage

Painlevé, der neue französische Luftfahrtminister und Vorsitzender des Rats für nationale Verteidigung, hatte mit dem Vertreter des Frankfurter Generalanzeigers am ersten Tage des neuen Ministeriums eine längere Unterredung. Auf die Frage des Korrespondenten über die sogenannte Ausgleichskasse erklärte Painlevé:

Frankreich hat Anspruch auf die deutschen Leistungen; Deutschland kann aber gegenwärtig nicht zahlen. Das Fortbestehen der Reparationsfrage ist die Beziehung. Es ist notwendig, die Luft zwischen den beiden Völkern zu reinigen.

Wenn jedoch Frankreich für alle Zeiten bedingungslos verzichtet, besteht die Möglichkeit, in die Währungsfrage, das Deutschland, auf Grund seiner besseren technischen Ausrüstung und überdies von allen Seiten befreit, in einen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf tritt, der für die jetzigen Gläubiger Deutschlands, die auf ihre Forderung verzichtet haben, eine schwere Gefahr bedeuten würde.

Wenn jedoch ein Verzicht ausgesprochen werden soll, muß gegen diese Möglichkeit ein Schutz geschaffen werden, ein Ausgleich. Ich habe dafür das Wort Ausgleichskasse gebraucht, das offenbar so viele Mißverständnisse hervorruft. Um den Ausgleich zu schaffen, ist ein Wahlrechtsindex notwendig. Was ist das beste Wahlrecht für die Wohlfahrt eines Landes? Der Verzicht. Wenn also die deutschen Verkehrsmitel, Eisenbahn und Handelschiffahrt in ein internationales System einbezogen würden, ist eine Gewähr gegeben, daß im Falle eines starken Aufschwügens der deutschen Wirtschaft auch die anderen Staaten teilnehmen. Eine solche Internationalisierung der Verkehrsmitel würde eine Beschränkung für die allzu starke wirtschaftliche Entfaltung für die eine Seite und einen Ausgleich für die wirtschaftlich Schwächeren bilden. Als Vorbild könne die Organisation der französischen Eisenbahn gelten, für die mit Rücksicht auf die staatliche Ausfallhaltung schon jetzt ein Ausgleichssystem besteht.

Auf die Frage des Korrespondenten, daß er die Möglichkeit eines französischen Verzichts sowohl auf die geschuldeten wie auf die ungeschuldeten Jahresleistungen in Erwägung gezogen habe, erwiderte Painlevé: Ja, unter zwei Bedingungen, daß Amerika der Streichung zustimmt und zwar, daß irgendein Ausgleichssystem gegen eine allzu starke Entfaltung der deutschen Wirtschaft geschaffen wird.

Das Kabinett Herriot

Paris, 6. Juni. (Eig. Draht.) Die Regierung Herriot hielt am Montag nachmittag wieder eine Kabinettsitzung ab, in der die am Sonntag beantragte Ausarbeitung der Regierungserklärung fortgesetzt wurde. Nach dem Paris soir wird sich die Erklärung auf die Darlegung der Absichten des Kabinetts in Bezug auf die Ausbalanzierung des Budgets, die Abrüstungs- und die Reparationsfrage beschränken. Diese drei Probleme hatte Herriot bereits in seiner Antwort an die Sozialisten als das unmittelbare Aktionsprogramm der Regierung bezeichnet.

Die Sozialisten haben nicht die Absicht, die Regierung nach der Verlesung ihrer Erklärung im Parlament zu interpellieren. Leon Blum soll in der Debatte über die Tagesordnung die Haltung der Sozialisten nunmehr im Kabinett auseinandersetzen. Er wird von Herriot eine formelle Ablehnung der Politik des bisherigen Kabinetts verlangen. Von der Antwort Herriots wird das Votum der Sozialisten abhängen. Falls sie nicht befriedigend ausfällt, dürften sich die Sozialisten der Stimme enthalten. Man nimmt an, daß die Debatte noch am Dienstag abend mit einem Vertrauensvotum für die Regierung beendet werden kann.

Die Regierung Herriot sieht sich schon zu Beginn ihrer Tätigkeit vor schwierige Finanzstelle Entscheidungen gestellt. Außer dem 250-

Millionencredit, den die polnische Regierung beantragt hat, hat der österreichische Gesandte Grünberger in persönlichen Unterredungen, die er am Sonntag und Montag mit Herriot und dem Finanzminister Germain Martin hatte, um die Zustimmung und Beteiligung Frankreichs an der von der Konferenz der Regierungsjahrespräsidenten und Mitgliedern des Finanzausschusses des Völkerbundes empfohlenen Hilfsaktion für Oesterreich gebeten. Gewünscht wird eine Summe von 150 bis 200 Millionen Schilling.

Verschiedene andere Länder wie England, Italien, die Schweiz, Holland und Belgien haben bereits ihre prinzipielle Zustimmung gegeben, während Frankreich dazu infolge der Regierungsstrategie noch nicht imstande war. England will allerdings keine neuen Mittel zur Verfügung stellen, sondern den der Nationalbank von Oesterreich gewährten 100-Millionen Schilling-Kredit als diesen Betrag angesehen wissen. Die französische Regierung steht diesem Kreditverlangen prinzipiell nicht ablehnend gegenüber, befindet sich aber infolgedessen in einer unangenehmen Lage, als die Radikale Partei in ihrer Wahlkampagne scharf gegen die von der Regierung Tardieu-Grandin den mitteleuropäischen Ländern gewährten Anleihen Stellung genommen hat. Die Regierung sucht daher nach einer Formel, die ihre außenpolitischen Pflichten mit den notwendigen Garantien in Einklang bringt. Außerdem soll sie den Wunsch haben, daß die Hilfsaktion nicht nur Oesterreich, sondern auch den anderen notleidenden Nachbarstaaten zu gute kommt und daß mit ihr ein wirtschaftlicher Wiederaufbau plan verknüpft wird.

Fortschritte der amerikanischen Veteranenbewegung

Newport, 6. Juni. Die Veteranenbewegung hat im Laufe des gestrigen Sonntags mehrere Fortschritte gemacht. Nachdem 111 Demokraten und 33 Republikaner sich dafür eingesetzt hatten, daß die Bonus-Bill am 13. Juni im Unterhaus zur Verhandlung kommen soll, erklärten die in Washington versammelten Veteranen, sie würden in Washington bleiben, bis die Bill angenommen worden sei. Die Polizei forderte die Veteranen wiederholt auf, Washington zu verlassen, erhielt jedoch die Antwort, man möge sie aus Washington hinaustragen.

Die Frage der Ernennung der zusammengeströmten Veteranenmassen wird von der Polizei als hoffnungslos bezeichnet, zumal ein Zusatz von weiteren 4000 Mann in den nächsten Tagen erwartet wird. Auch die Unterbringung der Leute löst auf ernste Schwierigkeiten. Mittlerweile sammeln sich an zahlreichen Punkten des Landes weitere Tausende von Kriegsteilnehmern zu einem konzentrischen Marsch auf Washington. Sie fordern vor Sabotageakten nicht zurück. Wenn ihnen keine Freiheit auf den Eisenbahnen gewährt wird, beschließen sie die Gleise mit Seife, um die Säue auf diese Weise zum Stillstand zu bringen.

Die neue amerikanische Steuervorlage

Washington, 6. Juni. Der Entwurf der Steuervorlage, der heute der Senat aufkommt, wird auf etwas über eine Milliarde Dollars geschätzt. Sie bringt die von Hoover geforderte Ausgleichung des

neuen Etats, der am 1. Juli beginnt, einen bedeutenden Schritt näher zum Ziel, wenn auch von Vorab und anderen Zweifel geäußert wurden, ob die Einnahmen in der geschätzten Höhe wirklich eintreffen werden. Hoover unterzeichnete die neue Novelle sofort nach Empfang, so daß das Gesetz zwei Wochen früher in Kraft tritt. Die in die Steuervorlage hineinpraktizierten Hilfe auf Kupfer, Petroleum, Kohle und Holz gehen wie alle übrigen Bestimmungen der Novelle nur bis zum 1. Juli 1934. Man nimmt an, daß in der nächsten Session, wenn die Hochschulzulassung eine Verlängerung der Laufzeit verlangt, damit das Signal zu einer allgemeinen Revision des Zollsystems gegeben wird. Die neuen Zollsätze können, da sie nicht im Zollgesetz stehen, während der Geltungsdauer der Novelle nicht vom Präsidenten erhöht oder herabgesetzt werden. Diese und andere Bestimmungen riefen starke Proteste zahlreicher Parlamentarier hervor. Insbesondere die in letzter Minute eingefügte Einführung eines Prozentsatzes auf alle Rechnungen für elektrischen Strom, wurde als unsozial scharf angegriffen. Man sprach aber eine Annahme der Novelle der Aussicht auf monatlangem bitteren Kampf um einzelne Punkte vor, da der Kongreß normalerweise seit Dezember täglich etwa sechstündig tagt und sehr gespannt ist. Auch das Schwarzprogramm zur Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben dürfte baldigst verabschiedet werden. Man hofft, bis Ende Juni die Session schließen zu können. Dann beginnt der demokratische Parteikonvent in Chicago und damit der eigentliche Wahlkampf. Man vermutet es daher, kritische Fragen wie den Beitritt zum Weltgerichtshof und der Prohibition anzuschneiden. Auch in der Frage der Arbeitsbeschaffung für Industriearbeiter haben Senatoren Wagner und Robinson ihre weitgehenden Pläne zurückgestellt und werden sich mit 800 Millionen Dollars Anleihen an die Einzelstaaten begnügen. Zu diesem Vorschlag hat Hoover bereits seine Zustimmung erklärt.

Revolution in Chile

Newport, 6. Juni. (Eig. Draht.) Aus Santiago di Chile wird gemeldet, daß in Südchile gegen die am Sonntag neu gewählte Regierung eine Gegenrevolution ausgebrochen ist. Mehrere Garnisonen folgen der Gegenrevolution angeschlossen haben.

Valparaiso, 6. Juni. Der chilenische Kongreß (Senat und Abgeordnetenkammer) ist von der neuen Regierung aufgelöst worden. Die ausländischen Kaufleute in Valparaiso, die durch die Maßnahmen der neuen Regierung heunruhigt sind, haben eine Versammlung zur Prüfung der Lage einberufen.

Washington, 6. Juni. Die amerikanische Regierung verfolgt die Entwicklung in Chile mit Besorgnis, da die Vereinigten Staaten dort Kapitalien in Höhe von etwa 700 Millionen Dollars investiert haben, und zwar die Hälfte im Salpeter- und Kupferabbau und die andere Hälfte in privaten und Regierungsbonds. Bevor die Vereinigten Staaten die neue Regierung anerkennen könnten, müßte jedenfalls — genau wie im Falle der mexikanischen Deland-Gesetzgebung — die Enschädigung der Ausländer sichergestellt werden. Abgesehen davon wird die Lage in Chile zur Zeit als noch so verworren betrachtet, daß man noch nicht sagen kann, wenn die bei früheren Anlässen von den Vereinigten Staaten geforderten Voraussetzungen für die Anerkennung einer Revolutionsregierung als erfüllt angesehen werden können.

Freistaat Baden

Badischer Parteitag

Parteiengonossen und -Genossen!
Der Landesvorstand beruft hiermit den für 1932 fälligen ordentlichen Landes-Parteitag entsprechend § 10 Absatz 4 des Landesorganisationsstatuts auf Sonntag, den 19. Juni, nach Offenburg in den Saalbau „Zur Michaelhalle“, Gieselerstraße 1, ein. Beginn der Tagung am Sonntag, 19. Juni, vormittags 10 Uhr.

- Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
 2. Wahl des Landesvorstandes und Parteiausschusses.
 3. Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl.
 4. Bericht der Landtagsfraktion.
 5. Der Kampf der Sozialdemokratie gegen das Kabinett der Barone und die Faschisten.

Die Devisen werden hiermit angefordert, zur Tagesordnung Stellung zu nehmen und Delegierte zur Besichtigung des Parteitages zu wählen.

Anträge an den Landesparteitag müssen bis spätestens 16. Juni beim Landesvorstand eingegangen sein. Später eingehende Anträge können in die Druckvorlage an den Parteitag nicht mehr aufgenommen werden.

Die Wahl der Delegierten hat durch die Devisenvereine zu erfolgen und zwar wählen Vereine

- bis 100 Mitglieder 1 Delegierten,
- bis 250 Mitglieder 2 Delegierte,
- bis 500 Mitglieder 3 Delegierte

und für je weitere 500 Mitglieder einen Delegierten. Reste, die mehr wie die Hälfte betragen, werden für voll gerechnet.

Die gewählten Delegierten sind unter genauer Angabe ihrer Adresse und ihres Berufes dem Landesvorstand Mannheim R. 3, 15 a mitzuteilen. Die Delegiertenkarte nebst sonstigem Material wird jedem Delegierten direkt zugesandt. Um die rechtzeitige Zustellung der Ausweisung und des Materials zu ermöglichen, sollten bis spätestens 14. Juni alle Delegierten dem Landesvorstand mitteilen sein.

Mit Parteigruß
Der Landesvorstand, J. U. G. Reinhold.

Quartier-Bestellung
Diejenigen Parteitagsteilnehmer, die Nachtquartier gewünscht haben wollen, müssen die Vorbestellung mit Angabe des Tages, für den die Uebernachtung gewünscht wird, an die Quartierkommission in Offenburg richten.
Adresse: J. Bestner, Offenburg, Hildstraße 52.
Die Parteitagskommission.

Die Spione-Organisation der NSDAP

Aus dem Landtag wird uns geschrieben:
Nachdem bereits im Verlauf der Etatberatungen der Staatspräsident und andere Regierungsmitglieder, wie auch die Regierungsparteien, wiederholt im Angriff mit den Nationalsozialisten abgerechnet hatten und dieser Partei ihr wahres Spiegelbild vorgehalten, fügte in der Landtagsitzung vom letzten Freitag der badische Innenminister Maier dem an sich schon vielfarbigen Bilde einer sog. sozialistischen und „Arbeiterpartei“ eine neue Farbe hinzu, die dem Charakter dieser Partei eine neue Weisung gab. Der Gauleiter der NSDAP, der Abg. Wagner, verlor in einer sog. „Anlageprobe“ dem Minister

nachzuweisen, daß er die Nationalsozialisten zu Unrecht verfolgte, in dem er ihnen den Vorwurf der Begehung seiner Partei, wobei er allerdings zugab, daß es „früher“ vielleicht in seiner Partei Leute gegeben haben mochte, die mit Gewalt den heutigen Staat umzuführen wollten. Heute aber verlasse der Minister die NSDAP zu Unrecht. Weiter sei im ganzen Sinne!

Der Minister bekam durch diese Unschuldbeteuerungen des Abg. Wagner Anlaß, der Öffentlichkeit zu zeigen, was es mit diesen Behauptungen auf sich hat, wie wenig man den Ausführungen des Wagner Glauben schenken darf. U. a. verlas Minister Maier einen Fragebogen, dessen Inhalt mit folgendem Erstem im ganzen Sinne aufgenommen wurde. Dieser Fragebogen lautet wörtlich:

Aufgaben der S. S. in den nächsten 6 Wochen

- I. SS-Mann Pink wird aus der Staffel Karlsruhe zum St. bez. ausgesogen. SS-Mann Pink ist St. bez. auswesogen.
- II. SS-Trupp Karlsruhe und Durlach machen gemeinlich Dienst.
- III. Trupp Karlsruhe wird in Sellen eingeteilt.
- IV. Wöchentlich ist folgender Dienst bis auf weiteres festgesetzt: Zweimal in der Woche Marschübungen im Freien. Einmal in der Woche SS-Appeal.

V. Meldungen der SS-Leute.

A. Beobachtung der Freimaurerlogen:

1. Sind solche Logen in Karlsruhe vorhanden?
2. Wie heißen sie?
3. Wer ist von Karlsruhe Mitglied?
4. Wie viele Logen sind in den Logen?
5. Wer ist Baumeister in diesen Logen?
6. Von welchen Parteien sind führende Persönlichkeiten in diesen Logen? (NSD., SPD., DVP., uim.)
7. Sind führende Wirtschaftskräfte in diesen Logen?
8. Wie heißen sie? (Zeit 2. Homburger, Strauß?)
9. Wie heißen die Lokale oder wo sind die Häuser in denen die Logen tagen?
10. In welchen Tagen kommen dieselben zusammen?
11. Von Juden und Christen, die in den Logen sind, werden welche bisher angeführt?

B. Ueberwachung der SPD.

1. Wie stark ist die SPD?
2. Wer ist oberster Führer von Karlsruhe?
3. Wo befindet sich die Zentrale in Karlsruhe?
4. Wer best gegen die NSDAP?
5. Die Führer sind zu übermachen!
6. Wie stark ist die Antifaschistische Bewegung in Karlsruhe?
7. Wer ist der Verleger des Blattes „Der Späher“?
8. Hat die SPD. in den nächsten Tagen etwas vor?

C. SPD. und Reichsbanner.

1. Wer ist Führer der SPD. und vom Reichsbanner?
2. Wie stark ist das Reichsbanner in Karlsruhe?
3. Wer beliefert das RB?

D. Stahlhelm.

1. Wer ist der Führer?
2. Wie stark ist der Stahlhelm in Karlsruhe?
3. Wie viele St. S. sind in diesem Verband?
4. Ist es möglich, diese für die SS. zu werben?
5. Was macht der Stahlhelm zur Zeit für Übungen?

E. Zentrum.

1. Wer ist Führer des Zentrums?

werden auf das heutige Inserat des Spezialbandes des C. A. Steinberg, Feiburg i. Br., aufmerksam gemacht.

F. Geschäftswelt.

- 1. Wie viele Warenhäuser sind in Karlsruhe?
- a) Wieviele sind A.G. oder in Privatbesitz?
- b) Bei W.G.: Wer ist Generaldirektor? Wer hat die Ämter?
- c) Privatbetrieb: Wer ist Inhaber?
- d) Zu welcher Klasse gehören die Abteilungsleiter?
- e) Wie heißen die Abteilungsleiter?
- f) Welche Geschäfte in Karlsruhe sind noch jüdisch?
- g) Welche jüdischen Geschäfte in Karlsruhe laßen unter jüdischen Namen? Wer ist Inhaber?

G. Industrie.

- 1. Welche Industrie ist in Karlsruhe?
- 2. Was wird von den einzelnen Betrieben hergestellt?
- 3. Welche Betriebe sind rein jüdisch?
- 4. Wie heißen diese jüdischen Aktionäre?
- 5. Wie wird in den jüdischen Betrieben der Arbeiter bezahlt?
- 6. Von welcher Partei sind die meisten Arbeiter in diesen Betrieben?
- 7. Wie viele Betriebsräte sind in den einzelnen Betrieben vorhanden? Zu welchen Parteien zählen sie?
- 8. In welchen Betrieben ist es möglich, bei Betriebsratswahlen eigene Kandidaten aufzustellen?

VI. Polizei.

- 1. Wer ist der Führer der Polizei in Karlsruhe?
- 2. Wie stark ist in Karlsruhe die Polizei?
- 3. Wie ist die Polizei ausgerüstet?
- 4. Wie ist die Stimmung unter den Beamten?
- 5. Wieviele Kommunisten sind in der Polizei?

VII. Zeitungen.

- 1. Welches sind die Tageszeitungen in Karlsruhe?
- 2. Welche Partei vertreten die einzelnen Zeitungen?
- 3. Wie heißen die Chefredakteure? Zu welcher Partei gehören sie?
- 4. Sind sie Freimaurer?
- 5. Welche Zeitungen sind von Juden abhängig?
- 6. Wie sieht sich das?

VIII. Jeder SS-Mann hat innerhalb 8 Wochen folgendes zu erwerben:

- 1. Einen SS-Mann.
- 2. Einen Parteigenossen.
- 3. Einen politischen Beobachter.
- 4. Einen Führer.
- 5. 100 Parteizettel in dieser Zeit zu verkaufen.

Der Inhalt dieses Fragebogens spricht für sich selbst. Die Nationalsozialisten unterhalten also einen regelrechten, bis ins kleinste ausgearbeiteten Spionagedienst. Die SS. werden zu ausgeprägter Spionagetätigkeit erzogen und ausgebildet, einer Tätigkeit, die die jungen Menschen unbedingt zu moralischer Verflumpung führen muß. Burischen, die als Spione das Tun und Treiben anderer Parteien, der politischen Gegner, wirtschaftlicher und anderer Organisationen durchschauen müssen, wobei ihnen natürlich zur Erreichung ihres Zieles kein Mittel zu schlecht und zu schmutzig ist, sollen einmal die „Eitelmenschen“ des Dritten Reiches werden. Eine solche Eliteschicht wird das geben, die sich in der SS. mit der besten und von allen anständigen Menschen am meisten verachteten Tätigkeit abgeben. SS.: die Spionagetätigkeit des Dritten Reiches! Ein würdiges Glied im Parteiapparat der Hitlerpartei!

Wie die Kommunisten die Erwerbslosen in ihren Parteidienst stellen

Aus dem Landtag schreibt man uns:

Anlässlich der Voranschlagsberatung für das Ministerium des Innern hat der Innenminister, Gen. Emil Maier, aus einem Auszug aus dem Schreiben der Bezirks-Fraktionsleitung der Erwerbslosen Mannheims vom 24. Mai 1932 vorgelesen. Darin sind die kommunistischen Funktionen angedeutet worden, eine stärkere Arbeit unter den Erwerbslosen zu entfalten. Man hat vorgelesen, Stempelstellen-Fraktionsleitungen in der Zeit vom 13. bis 19. Juni und vom 11. bis 17. Juli. Weiter müssen eine Anzahl zuverlässiger Kommunisten in den örtlichen Erwerbslosen-Ausschüssen eintreten. Ferner sind Aktionen einzuleiten, um in den Büros der Hochfahrts- oder Stempelämter die Bewilligung eines abgelehnten Unterhaltungsantrages zu erwirken. In den Stempelstellen sind ferner systematische Diskussionskampagnen durchzuführen. Jeder einzelne Fall, in welchem einem Erwerbslosen die Unterstützung entzogen wird, ist als Aktion gegen die Behörde zu heben; in Erwerbslosenversammlungen sind dann entsprechende Anträge zu formulieren und Zustimmungserklärungen der Erwerbslosen beschließen zu lassen. Diese Forderungen müssen nicht nur beim Bürgermeisteramt, sondern bei jedem einzelnen Gemeinderatsmitglied in dessen Wohnung vorgebracht werden. Finden dann Sitzungen der Gemeinderäte und Stadträte statt, haben sich die Erwerbslosen in Massen einzufinden. Vor allem ist eine einmalige Wirtschaftshilfe für die Besizer der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung zu fordern. Der Zweck ist die Erwerbslosen mit in die kommunistische Kampffront einzubringen.

Besonders Aufmerksamkeit ist den Etatberatungen im badischen Landtag zu widmen. Aus den Orten um Karlsruhe herum sind starke Massendelegationen abzuordnen, welche die Forderungen der Erwerbslosen vorbringen. Die badischen Parlamentarier müssen den ganzen Tag durch immer neuen Erwerbslosen-Delegationen überlaufen werden. Auf diese Weise hoffen die Kommunisten ihre Parteipropaganda bei den Erwerbslosen durchzuführen. In der Anweisung heißt es zum Schluss: „Die ganze Kampagne muß planmäßig in der Linie durchgeführt werden, die Massenbewegung auf höhere Stufen zu führen.“

Eine Probe dieser Ankündigung hat man bereits am vorigen Freitag im Landtag zu kosten bekommen, als von der Subdirektion ein kommunistischer Erwerbsloser entsprechende Bemerkungen machte. Auf diese Weise heißt man die bedauernswerten Erwerbslosen in Aktionen hinein, welche zu Zusammenstößen mit der Polizei führen und dann für die Betroffenen manchmal schief ausgehen können. Aber danach fragt die kommunistische Partei nichts, wenn nur der Parteizweck blüht.

Dem Auszug aus dem Schreiben für die Erwerbslosen ist ein Arbeitsplan der kommunistischen Partei des Bezirks Baden-Pfalz für die Zeit vom 1. Mai bis 1. August 1932 beigelegt. In diesem wird die Schwäche der kommunistischen Politik in der Betriebsarbeit ausgehend und hingewiesen auf ein Wort des Reichspräsidentenstandkandidaten Brüning auf der Februar-Tagung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, daß eine Wendung um 180 Grad in der kommunistischen Betriebsarbeit notwendig sei: Jeder Betrieb müsse eine rote Burg werden. Nur durch passive Resistenz, Streiks und Proteststreiks könnten die Betriebe zu roten Burgen gemacht werden. Als Kardinalpunkt habe zu gelten: Der Betrieb muß zum Mittelpunkt der kommunistischen revolutionären Massenpolitik gemacht werden.

Die freierwerbsmäßig organisierten Arbeiter wissen darnach, wie die Kommunisten vom 1. Mai bis 1. August in den Betrieben zu arbeiten gedenken. Natürlich ist es Unfuss, jetzt von passiver Resistenz und Proteststreiks zu sprechen, dazu sind die heutigen Ver-

hältnisse nicht angetan. Umso gewissenhafter ist es, wenn man dann die Erwerbslosen ebenfalls in die Schwierigkeiten hineinzieht und sie vor den kommunistischen Agitationskaren spant. Deshalb, Gewerkschaftler, seid auf der Hut, laßt eure Organisationen nicht zerfallen, sondern sucht sie mobil zu erhalten für die Zeit, wenn wieder einmal gewerkschaftliche Kämpfe möglich sind.

Einstellung in das Reichsheer und die Reichsmarine

Der Staatsanzeiger teilt mit:

Ueber die Einstellung zum 12ährigen Dienst in der Wehrmacht herrschen vielfach unzutreffende Ansichten, die zu unnötigem Schriftverkehr und zu Enttäuschungen führen.

Sowohl das Reichsheer, wie die Reichsmarine, stellen alljährlich Anfang April und Anfang Oktober den Erlaß für die im Laufe des Halbjahres auszuführenden Soldaten ein. Meldungen von Bewerbern haben zweckmäßig mehrere Monate vor diesen Einstellungsterminen zu erfolgen:

Für das Heer: bei den Bataillonen und Abteilungen, oder bei den Kompanien, Eskadronen und Batterien der einzelnen Waffengattungen.

Für die Reichsmarine: nur bei der Schiffstammdivision der Ostsee oder der Schiffstammdivision der Nordsee.

Meldungen bei höheren Dienststellen sind zwecklos, da die Trup-

pentelle in der Annahme von Freiwilligen selbständig sind und allein überleben können, ob Stellen frei sind.

Den Meldungen ist zweckmäßig ein ausführlicher Lebenslauf mit Lichtbild beizufügen. Die sonst nach erforderlichen Ausweispatente werden von den Truppenteilen bei den Bewerbern angefordert.

Zur Einstellung gelangen in erster Linie 18-20jährige.

Die Einstellung geschieht nach ärztlicher Untersuchung und eingehender Prüfung der Bewerber. Bei dem außergewöhnlichen Angebot, das den Bedarf um das 50- bis 100fache übersteigt, ist es leider unermessbar, daß zahlreiche Bewerber ohne vorherige Prüfung, abgewiesen und auch solche Bewerber abgelehnt werden müssen, die an sich voll diensttauglich sind.

Chefredakteur: Georg Schöppin. Verantwortlich: Volpert, Presshaas, Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Gesundheit, Aus der Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: E. Schönebaum, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Futur, Aus Mittelbaden, Gerichtskammer, Karlsruhe, Umgebung, Sozialistisches Jugendvolk, German und Wandern, Sport und Spiel, Ausflüge: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Gustav Krüger. Ehemalige Wohnort in Karlsruhe.

Haar schneid! Für alles andere darf man gewöhnliche Rasiermittel nehmen - nur nicht fürs Haar! Sie nehmen dem Haar, das doch lebendig ist, den Glanz und die Gesundheit. Und übrigens - aus Sparsamkeit braucht niemand mehr sein Haar mit gewöhnlichen Rasiermitteln zu waschen, denn jetzt erhält man schon für 20 Pf. ein garantiert solches Shampoo, das für 2mal reicht: Silba Shampoo! Zu jeder Packung gibt es noch außerdem ein vollkommenes Pflegemittel für das Haar - Verletzte Zitronenöl zum Raschieren. Verletzte ist den letzten Rest von Seife aus dem Haar... erobert den Glanz und erleichtert das Rasieren. Es gibt dem Haar die letzte Sollenbung.

Eine Erinnerung an die Vorkriegszeit



Jeder Deutsche wird sich freuen, die farbenprächtigen Uniformen der alten Armee noch einmal in einer übersichtlichen Sammlung vereinigt zu sehen. Es gibt jetzt für die 312 bunten Soldatenbilder der OBERSTEIN Sammel-

Album, das mit viel Liebe und Sachkenntnis geschaffen wurde. Das Album enthält eine vollständige Übersicht über die alte Armee, die Standorte der Regimenter und Erflärungen über die Einzelheiten der Friedens-Uniformen.

3 1/3 OBERST Pf.

mit und ohne Mundstück

Friedensqualität zu Friedenspreis

Das Sammel-Album kostet 1 Mark. Es ist zu beziehen:

a) durch den Zigarettenhandel;

b) durch Waldorf-Astoria, G.m.b.H., München, gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto München 1979;

c) in Berlin durch unsere Fabrikniederlassung Berlin W 35, Am Karlsbad 16.

WALDORF-ASTORIA G.M.B.H. MÜNCHEN

Kleine badische Chronik

Endingen feiert Oskar Daubmann

Endingen a. R., 5. Juni. Zu Ehren des heimgekehrten Kriegsteilnehmers Oskar Daubmann sollte das Weinstädtchen Endingen heute sich festlich schmücken. In den Straßen und auf dem Marktplatz flatterten die Fahnen und Wimpeln und das kleine Häuschen der Eltern des Heimgekehrten war mit Blumen und Tannenzweigen reichlich dekoriert. Schon in den Vormittagsstunden strömten Tausende von Menschen nach Endingen, die ihrer Sonntagsonne ursprünglich vorgesehene Begrüßung Daubmanns konnte wegen seines körperlichen und seelischen Zustandes nicht durchgeföhrt werden. Anlässlich hat Daubmann, dessen Identität einwandfrei festgestellt, in einanderzubezüglicher Verbrennung für seinen langjährigen Gefangenenaufenthalt im Fort Constantine (Maier) und für seine Nichtzugehörigkeit zur Fremdenlegation einwandfreie Angaben gemacht und es wird Sache weiterer Nachforschungen sein, wie es möglich war, daß dieser Kriegsteilnehmer so viele Jahre verschollen blieb und so unsäglichen Leiden ausgesetzt wurde. Insgesamt mochten wohl 10 000 bis 12 000 Menschen an der Begrüßungsfeier teilgenommen haben. Bürgermeister Reyer begrüßte den Sohn der Stadt im Namen des Gemeinderats und der gesamten Stadtgemeinde Endingen und brachte ein dreifaches Hoch auf das fernere Wohlergehen des Heimgekehrten, seiner Eltern und das Vaterland aus, in das die Riesenmenge hümmlich einfiel. Zur Wiederherstellung seiner Gesundheit wird sich Daubmann, wie man hört, zunächst in ein Freiburger Krankenhaus begeben, um Johann der Einlabung eines Schwarzwaldsanatoriums zu folgen.

Schwere Verkehrsunfälle

D.3. Hohenheim, 6. Juni. Am Samstag ereignete sich auf der Straße zwischen Wagbühl und Neulshheim, auf Gemarkung Neulshheim, ein schwerer Verkehrsunfall. Einem Motorradfahrer, der mit einem Bekannten zur D.V.G.-Ausstellung in Mannheim fahren wollte, plachte in voller Fahrt der Reifen des Hinterrades. Das Motorrad geriet ins Schleudern und stürzte mit beiden Fahrern in den Straßenrand. Während der Soziusfahrer mit leichten Verletzungen davonkam, erlitt der Lenker des Kraftfahrzeuges einen schweren Schädelbruch und mußte in das Krankenhaus Schwetzingen übergeführt werden. Der verunglückte Kraftfahrer heißt Fritz Gedeiler und ist aus Weidelskirchen Oberamt Mensingen. Man hofft, ihn am Leben zu erhalten.

D.3. Wagbühl bei Schwetzingen, 6. Juni. Gestern abend um 9.30 Uhr hat sich vor der Wirtschaft „Zur Federfabrik“ ein schwerer Unfall ereignet, bei dem ein Kind sein Leben einbüßte. Ein von Karlsruhe kommende Motorrad mit Beiwagen stieß auf der Heimfahrt nach Mannheim mit einem aus entgegengekehrter Richtung kommenden Auto, das nach Bruchsal unterwegs war, zusammen. Vermutlich ist das Kraftfahrzeug auf dem durch den Regen glatt gewordenen Asphaltbelag der Straße ins Schleudern gekommen und dabei zu weit auf die andere Seite der Fahrbahn geraten. Der Lenker des Motorrades kam mit dem Schrecken davon. Die in dem Beiwagen sitzende Ehefrau des Fahrers und das sechs-jährige Kind wurden herausgeschleudert. Während die Frau nur leichte Verletzungen erlitt, stürzte das bebauerenswerte Kind so unglücklich, daß es auf der Stelle tot liegen blieb.

Streik der Fortbildungsschüler in Lörrach-Stetten

D.3. Lörrach, 6. Juni. Die beiden Klassen des dritten Jahrganges der Fortbildungsschule Lörrach-Stetten sind in den Schülereinstreit

getreten, haben Streikaktionen gemäß und Streikparolen ausgegeben. Sie wollen damit gegen die angeblich ungerechte Behandlung durch einen Lehrer protestieren.

Leichenfindung. Bei Redarhausen wurde die Leiche eines unbekanntes etwa 40er Jahre stehenden aufgefundenen Mannes gefunden. Man fand bei ihm eine Geldbörse mit dem Betrage von 20 M. und außerdem einen von der hiesigen Regierung ausgestellten Paß, aus dem merkwürdigerweise der Name herausgeschnitten war. Es dürfte sich, wie aus dem Paß hervorgeht, um einen Ingenieur handeln.

Spielerei. Dieser Tage kam es in den Abendstunden in einer Wirtschaft zwischen Vater und Sohn zu einer Schlägerei. Der Sohn traktierte den Vater mit Messerfingern. Unbeteiligte, die Frieden stiften wollten, wurden ebenfalls mit dem Messer bedroht. Allerdings hat der Messerheld bei dem Vorwärtz seinen angemessenen Teil Holzäpfel abgekriegt.

D.3. Gernsbach. Anrechnung für Lebensrettung. Dem Reichshauptkrieger Friedrich Pompeje in Gernsbach, der am 26. Januar 1932 unweit der Partifikation 15 des Gernsbacher Bahnhofes das 73jährige Töchterchen des Kaufmanns Seitz in Gernsbach rettete, das in höchster Gefahr war, durch den bereits in unmittelbarer Nähe heranziehenden Zug überfahren zu werden, wurde für sein entschlossenes und opferwilliges Handeln bei diesem Rettungsfall vom Landeskommissar die öffentliche Belobung ausgesprochen.

Pforzheim. Ein Amazonengestich. Am Freitag abend wurde der Krankenträger nach dem Hause Obere Nu 45 gerufen. Dort lagen zwei Frauen miteinander im heftigsten Streit. Da Eiferläufer im Spiele war, fannte die weibliche Wut keine Grenzen. Die beiden Frauen traten und bißten einander, so daß Nachbarsleute einen schlimmen blutigen Ausguss des Amazonengestiches befürchteten. Schließlich mußte Krankenträger herbeigerufen werden; als aber diese eintraf, waren die Streitenden, die sich beide empfindlich verletzt hatten, nutzlos verschwunden.

D.3. Krosingen. Selbstmord mit der Schußwaffe. Montag mittags gegen 1 Uhr hat sich ein 28 Jahre alter lediger Metzgerbursche aus Freiburg i. B., der seit einem Jahr bei einem hiesigen Metzgermeister tätig war, mittels einer Schußwaffe getötet. Die Ursache des Selbstmordes scheint völlig im Dunkel.

D.3. Lörrach. Schwurgericht. An der Zolltanz Riechen-Lörrach wurde ein Lastwagen angehalten, der alle Körbe und Gemüßverpackungen geladen hatte. Bei der Durchsuchung stellte man im Inneren des Wagens zwar ein Saß Jücker fest, die von der Schweiz nach Deutschland geschmuggelt worden sollten. Die Ware wurde beschlagnahmt.

D.3. Weil a. Rh. Eine Wohnung sollte hier gerichtlich geräumt werden. Eine Menge von 70-80 Personen hinderte den Gerichtsvollzieher durch Drohungen an der Ausübung seiner Pflicht. Im Einverständnis mit dem Mieter wurde daraufhin die Zwangs-räumung verhängt.

D.3. Wilingen. Im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes will die Stadt Wilingen den teilweisen Abruch der Ruinen der Feldmühle sowie die Beseitigung des hier vorbeiführenden Fußweges durchführen lassen.

D.3. Venzel (Schwarzwald). Die älteste Frau Deutschlands, in Venzel beheimatet, Frau Marie Schöpperle geborene Fährberer ihren 104. Geburtstag. Sie ist am 5. Juni 1829 geboren und dürfte damit die älteste Frau Deutschlands sein. Von ihren ledigen Kindern

leben noch drei. Die immer noch rüstige Greisin hat 17 Enkel und 34 Urenkel.

D.3. Müdenhof. Beim Fußballspiel in Stollhofen (Amt Rehl) kam der Paul Zimmer von hier so unglücklich zu Fall, daß er ein Bein brach.

D.3. Großmeier, Amt Bühl. Wohnung zur Vorfrist! Ein 34-jähriger Knabe stürzte in den Mühlbach und wurde von der Strömung abgetrieben. Das Kind konnte jedoch durch Herrn W. Stüber vor dem sicheren Tode des Ertrinkens noch gerettet werden.

D.3. Helmstadt (Amt Sinsheim). 12-jähriger Junge vom Schlag betroffen. Während eines Schulausfluges der hiesigen Volksschule wurde nach dem Dorfberg zwischen Hasach und dem Finkenhof der 12-jährige Schüler Friedrich B. n. p. a. d. n. einem Herabfall des Fallens, der den sofortigen Tod des Jungen zur Folge hatte.

D.3. Mensingen (Bruchsal). Der Weinbauverband für Bruchsal, den Bau e. B. veranstaltete am Samstag eine Besichtigungsfahrt für den hinteren Kraichgau. Der Geschäftsführer des Verbandes, des Horn-Rapenwindes, hielt ein ausgedehntes Referat über den Kampf des Verbandes gegen das Verbot des künftigen Südbrennereibaus.

Marktberichte

Karlsruher Schlachtviehmarkt. Zufuhr: 44 Ochsen, Preis: 30-34, 28-30, 27-29, 25-27, 23-25, 22-23; Bullen: 25-26, 22-23, 21-22, 18-21; 28 Rühre: 20-25; 120 Färren 31-37, 23-29; 227 Kälber: a) —, 42-44, 39-42, 35-39, 23-28; 1110 Schweine a) —, 40-42, 41-44, 38-42, 36-38; f) —, 2) Sauen 28-32; Gesamtzufuhr 1562 Stück. Beste Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz bei Großvieh und Schweinen langsam, geringere Ueberflut. bei Kälbern langsam geräumt.

Schweinemarkt in Durlach. Befahren mit 118 Käuferfleischern. 350 Ferkelgeschweine; verkauft wurden 68 Käuferfleischweine, 225 Ferkelgeschweine; Preis per Paar Käuferfleischweine 32-40 M., Ferkelgeschweine 24-30 M.

Wittweier Obstmart vom 6. Juni. Erdbeeren 70-80 Pf., Kirchen rot 30 Pf. Guter Verkauf.

Ihr Bruch

wird immer größer, wenn Sie ein schlecht sitzendes und festes Bruchband tragen. Durch solche Bänder verschlimmert sich das Leiden und kann zur Fodesursache werden. (Es entsteht Brucheinkeimung, die operiert werden muß und den Tod zur Folge haben kann.) Fragen Sie Ihren Arzt. Hat dieser eine Bandage verordnet, dann muß es in Ihrem Interesse liegen, sich meine äußerst bequemen, unverwundlichen Spezial-Bandagen anfertigen zu lassen. Durch Tag- und Nachttragen meiner Bandagen haben sich nachweislich Bruchleidende selbst geholt. Werkstoff: A. B. schreibt u. a. „Mein schwerer Leidenbruch ist geheilt. Ich bin wieder in meinem 66. Lebensjahre ein ganzer und stürklicher Mensch.“ Landwirt Fr. St. schreibt u. a.: „Ich sehe mich gesund. Ihnen nach 2 Jahren meinen innigen Dank auszusprechen.“ Bandagen von RM. 15.- an. Für Bruch- und Vorrat-Leidende kostenlos zu sprechen in: **Karlsruhe, Fr. 10. Juni, von 9-6 Uhr, im „Hotel Lutz“**, am alten Bahnhof. **Bruchsal, Do. 9. Juni, von 2-6 Uhr, im „Hotel Rot“**. **Stuttgart, Sa. 11. Juni, von 9-1 Uhr, im „Bahnhofhotel“**. **Bruchsal, Sa. 11. Juni, von 3-6 Uhr, im Bahnhofhotel „Friedrichshof“**.

Außerdem **Leibbinden** nach Maß in garantiert unübertroffener Ausführung. **K. Ruffing, Spezialbandagist, Köln, Richard-Warner-Straße 16**

Leipheimer & Mende Herrenstoffe

Riesige Auswahl in allen Preislagen
Ueberraschende Billigkeit - Gelegenheits-Posten

5 Sondertage

vom Dienstag bis Samstag

zweigute Mittagessen

für 3 Personen

3 Paar Frankfurter Würstchen	50
2 Pfund neue Kartoffeln	
3 St. Matjesheringe	50
2 Pfund neue Kartoffeln	

Dazu:
Feinste Tafelbutter 1/2 Pfund 70
Allerfeinste Teubutter 1/2 Pfund 75
Neue Neapolitaner Kartoffeln schön, gelblichschwarz... 3 Pfund 38

Pfankuch

Pfankuchchen heißen sparen

Gaggenauer Anzeigen

Öffentl. Bürgerauschussversammlung

Hiermit berufe ich die Mitglieder des Bürgerauschusses zu einer öffentlichen Versammlung am Freitag, den 10. Juni 1932, abends 8 Uhr, in den Bürgeraal des Rathhauses etc.

Tagesordnung:

1. Verkauf von Baugelände (Vorlage Nr. 9).
2. Verkauf von Baugelände (Vorlage Nr. 10).
3. Uebernahme des Ortsrats der Gewerbe- und Handelskammer der Stadtgemeinde Gaggenau (Vorlage Nr. 11).
4. Baugelände (Vorlage Nr. 12).

Sammlung zugunsten des Roten Kreuzes.

Am Sonntag, den 12. Juni d. J. wird der Rot-Kreuz-Los durchgeföhrt. Aus diesem Anlaß wird auch die Freiw. Sanktstiftung Gaggenau eine Strohen-Sammlung vornehmen, die behördlich genehmigt ist. Die Unterstüßung dieser Sammlung wird empfohlen.

Sinder- und Sommerfest.

Am Sonntag, den 26. Juni findet das Sinder- und Sommerfest in Gaggenau statt.

Da derartige vollständige Feste angeordnet erscheinen, bitte ich die Einwohner, den Gewerbe- und Handelskammern in Gaggenau a. R., der dieses Fest durchföhrt, unterstüßen zu wollen. Gaggenau, den 6. Juni 1932.

Der Bürgermeister:
Schneider.

Es wurde festgestellt, daß einige Arbeiter für ihre Arbeiter, Anwesenheit ober Dienstboten die bereits fälligen vom Lohn einzubehaltenden Bürgersteuereraten an die Stadtkasse noch nicht abgeföhrt haben. Ich mache darauf aufmerksam, daß wenn der Arbeitgeber seiner Verpflichtung zur Abführung nicht innerhalb der bestimmten Frist nachgekommen ist, eine Steuerzusammenfassung beantragt hat, für die im § 413 Abs. 1 A.O. eine Ordnungstrafe bis zu 10 000 M. angedroht ist und außerdem kann er wegen des schweren Delikts der Steuerhinterziehung (§ 396 A.O.) bestraft werden. Des weiteren hat der Steuerabfuhrungsamtliche Arbeitgeber die sonstigen Veranlassungen (Verzinsungen und Zinsen) zu tragen. Es wird besonders auf diese Punkte aufmerksam gemacht. Diejenigen Personen, welche Dienstboten beizüglichen und die hierzu erforderlichen

KAMMER LICHTSPIELE

Heute und folgende Tage

sehen Sie einen Film von einer großen Lebedame, die Geliebte eines Bankdirektors, mit 3127

MADY CHRISTIANS Die Frau, von der man spricht

Hans Stüwe, Lilian Ellis und Otto Wallberg
Ein Film außerordentlich spannend und voller Sensationen
Spielbeginn: 3, 5, 7, 8.45 Uhr

Badisches Landes-Theater
Dienstag, 7. Juni
10.30
11.15
12.15
13.15
14.15
15.15
16.15
17.15
18.15
19.15
20.15
21.15
22.15
23.15
24.15
25.15
26.15
27.15
28.15
29.15
30.15
31.15
32.15
33.15
34.15
35.15
36.15
37.15
38.15
39.15
40.15
41.15
42.15
43.15
44.15
45.15
46.15
47.15
48.15
49.15
50.15
51.15
52.15
53.15
54.15
55.15
56.15
57.15
58.15
59.15
60.15
61.15
62.15
63.15
64.15
65.15
66.15
67.15
68.15
69.15
70.15
71.15
72.15
73.15
74.15
75.15
76.15
77.15
78.15
79.15
80.15
81.15
82.15
83.15
84.15
85.15
86.15
87.15
88.15
89.15
90.15
91.15
92.15
93.15
94.15
95.15
96.15
97.15
98.15
99.15
100.15

Arbeitsvergebung

Die Lieferung von tannener Schnittware für die vorläufige Kleinlieferung an der Pulverhausstraße ist zu vergeben.

Schraube können beim hiesigen Bauamt, Rathaus 11. Etage, Zimmer Nr. 123, abgeholt werden. Die Angebote sind bis Mittwoch, den 15. Juni 1932, vormittags 10 Uhr einzulegen. 751 Karlsruhe, 6. Juni 1932. Stadtbauamt.

Möbel-Krämer

Karlsruhe
Kaiserstr. 30 u. 24

und da haben wir ja noch Geld übrig, wenn wir die schönen und sehr preiswerten Möbel kaufen bei

Arbeitsvergebung. Die Lieferung von tannener Schnittware für die vorläufige Kleinlieferung an der Pulverhausstraße ist zu vergeben.

Schraube können beim hiesigen Bauamt, Rathaus 11. Etage, Zimmer Nr. 123, abgeholt werden. Die Angebote sind bis Mittwoch, den 15. Juni 1932, vormittags 10 Uhr einzulegen. 751 Karlsruhe, 6. Juni 1932. Stadtbauamt.

Wanzen?

und Brutverrichtung. Nur mit Bimmel, geruchlos, garantierter Erfolg. Tube 75 Hg. (ergibt 1/2 Liter). Allein zu haben Drogerie Th. Wals, Jollystr. 17 und Kaiserstr. 245.

Hämorrhoiden

sind lästig und vernichten alle Lebensfreude.
10000 Gratisproben

versenden wir, um jeden von der Wirkung unseres **ANUSOLIN** zu überzeugen. Täglich geben Dankeschreiben von Ueberlebenskräften, die erholten wurden. — Sie erhalten Probe, gratis, Aufschreibenschrift, ärztliche Gutachten, alles umsonst und portofrei durch die Versandapotheke. Schreiben Sie deshalb heute noch an **ANUSOLIN**, Berlin SO 36, Abtl. 245